

Swedish EU presidency  
1 July–31 December 2009



**Schwedische EU-Präsidentschaft**  
1. Juli – 31. Dezember 2009

# Konferenz der Parlamentspräsidenten der EU-Staaten

Stockholm, 14. – 15. Mai 2010

Schlussfolgerungen des Vorsitzes

Schwedischer Reichstag

## Presidency Conclusions

SVERIGES    
RIKSDAG 

## Einführende Bemerkungen

1. Die Konferenz trat vom 13. bis 15. Mai 2010 in Stockholm zusammen. An der Konferenz nahmen die Präsidentinnen und Präsidenten (bzw. deren Stellvertreter/innen) von 30 Kammern aus 24 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie der Präsident des Europäischen Parlaments teil. Außerdem waren auch die Präsidenten der Parlamente dreier Kandidatenländer bei der Konferenz anwesend.
2. Ihre Majestäten König Karl XVI. Gustav und Königin Silvia empfingen die Präsidentinnen und Präsidenten sowie die Generalsekretärinnen und Generalsekretäre der Parlamente am 14. Mai.
3. Nach der Eröffnungsansprache durch den Präsidenten des Schwedischen Reichstags, Per Westerberg, diskutierte die Konferenz über den *Vertrag von Lissabon und die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten* anhand von drei konkreten Sachthemen:
  - a. Maroš Šefčovič, Vizepräsident der Europäischen Kommission und zuständig für interinstitutionelle Beziehungen, gab eine Einführung in das Thema „Die Europäische Kommission und die nationalen Parlamente“.
  - b. Theresa Cunillera, Vizepräsidentin des spanischen Abgeordnetenhauses, Gianfranco Fini, Präsident der italienischen Abgeordnetenkammer, und Jean Bizet, Vorsitzender des Ausschusses für Europäische Angelegenheiten im französischen Senat, sprachen einleitende Worte zum Thema „Foren für die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten“.
  - c. Per Westerberg, Präsident des schwedischen Reichstags, gab eine Einführung in das Thema „Herausforderungen der und Erwartungen an die zukünftige Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten“, gefolgt von Anmerkungen des tschechischen Senatspräsidenten Přemysl Sobotka.
4. Unter der Überschrift *Neue Technologien und Kommunikation – Herausforderungen für die Parlamente* ging es beispielsweise um die zunehmende Nutzung von Social Media, die Herausforderungen und Möglichkeiten dieser neuen Kommunikationsformen im Kontakt mit der Öffentlichkeit und um die Frage, wie sich die Nutzung dieser neuen Kommunikationswege auf unsere demokratischen Systeme auswirkt. Die Einführung in das Thema gaben S. E. der Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Schweden, Matthew W. Barzun, und Åke Grönlund, Professor der Informationswissenschaften an der Universität Örebro in Schweden. Nach den Einführungsreden erläuterten die Hauptredner Ene Ergma, Präsidentin des estnischen Parlaments, and Vannino Chiti, Vizepräsident des italienischen Senats, wie sich ihre Parlamente auf neue Kommunikationsformen und Social Media einstellen. Der anschließende Gedankenaustausch bei der Konferenz wurde von der Journalistin Mia Odabas moderiert.
5. Die Debatte über *Neue Technologien und Kommunikation – Herausforderungen für die Parlamente* wurde durch praktische Demonstrationen der derzeitigen Entwicklungen in

den Parlamenten außerhalb des Plenarsaals ergänzt. Auch die Erfahrungen des Europäischen Parlaments wurden in einer eigenen Präsentation vorgestellt.

6. Während des informellen Teils des Treffens befassten sich die Präsidentinnen und Präsidenten in Einzelgesprächen mit den beiden Themen *Vorbereitungen für die Weltkonferenz der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten* und *Die Finanzkrise und ihre Folgen für die Parlamentshaushalte*.
7. Für die Beratungen wurde eine etwas andere Methode eingesetzt, um die Konferenzform weiterzuentwickeln. Kurze Anmerkungen und unmittelbare Reaktionen in Ergänzung zu vorbereiteten Einlassungen waren erwünscht. Die Debatte zu einem Diskussionspunkt wurde moderiert.
8. Die Beratungen im Plenum waren für Presse und Öffentlichkeit zugänglich. Erstmals konnte die Allgemeinheit die öffentlichen Teile der Konferenz auch über das soziale Netzwerk Twitter verfolgen: [www.twitter.com/eusc2010](http://www.twitter.com/eusc2010). Durch das Einfügen von #eusc2010 in ihre Tweets konnten sich die Follower an der Diskussion beteiligen.

## Schlussfolgerungen des Vorsitzes

### **Betreffend den Vertrag von Lissabon und die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten**

1. Die Präsidentinnen und Präsidenten erachten es für wichtig, dass die nationalen Parlamente, unter Beachtung ihrer jeweiligen Verfassungsregelungen und parlamentarischen Gepflogenheiten, ihre im Vertrag von Lissabon vorgesehenen Möglichkeiten zur aktiven Unterstützung der Funktionsfähigkeit der Europäischen Union voll ausschöpfen können.

### **Betreffend die Europäische Kommission und die nationalen Parlamente**

2. Die Präsidentinnen und Präsidenten unterstreichen die vorangegangenen Initiativen und Bestrebungen der Europäischen Kommission zum Aufbau und zur Verbesserung des politischen Dialogs mit den nationalen Parlamenten, sowohl bezüglich der Kontrolle der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips als auch hinsichtlich der politischen Inhalte.
3. Die Präsidentinnen und Präsidenten halten fest, dass häufigere Kontakte und ein verstärkter Dialog zwischen der Kommission und den nationalen Parlamenten für die allgemeine Kontrolle von EU-Angelegenheiten durch die nationalen Parlamente und für ihre Unterstützung der Funktionsfähigkeit der Union weiterhin wichtig sind. Diesbezüglich nehmen sie Kenntnis von der Bereitschaft der Europäischen Kommission, ihr jährliches Arbeitsprogramm in den nationalen Parlamenten vorzustellen.

### **Betreffend Foren für die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten**

*Evaluation und Kontrolle im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts*

4. Die Präsidentinnen und Präsidenten schließen sich dem Ersuchen der COSAC an, dass

die Gemeinschaftsorgane bei der Ausarbeitung und Aushandlung von Regelungen zur parlamentarischen Kontrolle über Eurojust und Europol in einen Dialog mit den nationalen Parlamenten eintreten mögen und dass den nationalen Parlamenten eine angemessene Frist gewährt werden möge, sich dazu zu äußern. Die Präsidentinnen und Präsidenten begrüßen das angekündigte Sondierungspapier der Kommission hierzu.

5. Die Präsidentinnen und Präsidenten sind der Ansicht, dass im Rahmen des Konsultationsverfahrens zu den Europol- und Eurojust-Regelungen ein interparlamentarisches Treffen zu den Kontrollmechanismen anberaumt werden sollte, und zwar in einer Zusammensetzung, die eine angemessene Vertretung gewährleistet, vorzugsweise mit den parlamentarischen Ausschüssen oder Gremien, die für die Angelegenheiten des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zuständig sind. Die Präsidentinnen und Präsidenten ersuchen den neuen EUSC-Vorsitz, sich in die Vorbereitungen für ein solches Treffen mit einzubringen.

#### *Zukünftige parlamentarische Kontrolle der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik*

6. Angesichts der besonderen Natur der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und der Bedeutung der nationalen Parlamente für das reibungslose Funktionieren der Europäischen Union betonen die Präsidentinnen und Präsidenten die grundlegende Rolle der nationalen Parlamente für die zukünftige parlamentarische Kontrolle der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich der GSVP.
7. Die Präsidentinnen und Präsidenten ersuchen den neuen EUSC-Vorsitz, die Diskussion auf dieser Grundlage voranzutreiben, mit dem Ziel, bei der nächsten Sitzung der EU-Parlamentspräsidentenkonferenz zu einer Vereinbarung zu gelangen.

#### *Die zukünftige Rolle der COSAC*

8. Gemäß Artikel 9 des Protokolls über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union stellen die Präsidentinnen und Präsidenten fest, dass Artikel 10 dieses Protokolls eine Diskussion über die zukünftige Rolle und Zusammensetzung der Konferenz der Ausschüsse für Gemeinschafts- und Europa-Angelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union (COSAC = Conference of Parliamentary Committees for Union Affairs) zulässt. Diesbezüglich stimmen sie darin überein, dass die Regelungen des Vertrags von Lissabon für die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten eine allgemeinere Ausrichtung als früher implizieren.
9. Da Angelegenheiten der EU in immer stärkerem Maße auf der Tagesordnung der Fachausschüsse stehen, weil wirksame Kontrolle und praktische Umsetzung häufig deren Fachkompetenz erfordern, sind die Präsidentinnen und Präsidenten der Ansicht, dass politische Debatten über spezifische Probleme oder Themen am besten im Rahmen von Treffen oder anderen Kontakten in Anwesenheit der relevanten Ausschüsse geführt werden. In diesem Zusammenhang betonen sie, dass Kontakte zwischen Fachausschüssen entwickelt und verstärkt werden sollen. Was die zukünftige Rolle der Konferenz der Ausschüsse für Gemeinschafts- und Europa-Angelegenheiten

der Parlamente der Europäischen Union [COSAC] betrifft, so wollen die Präsidentinnen und Präsidenten die Ergebnisse der internen Diskussion über die COSAC abwarten, bevor daraus Schlussfolgerungen gezogen werden.

## **Betreffend Herausforderungen der und Erwartungen an die zukünftige Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten**

### *Koordination bei der Planung der Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten*

10. Die Präsidentinnen und Präsidenten erachten Netzwerkarbeit, regelmäßige Kontakte und Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten der EU als wichtig für die Fähigkeit der Parlamente, die Arbeit ihrer jeweiligen Regierungen in EU-Angelegenheiten zu kontrollieren, was wiederum für die Legitimität der Unionsentscheidungen unverzichtbar ist.
11. Die Präsidentinnen und Präsidenten erachten eine bessere Koordination der interparlamentarischen Aktivitäten innerhalb der EU als wichtig für die effiziente Gestaltung der intensivierten Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten. Die Präsidentinnen und Präsidenten betonen, dass es wichtig ist, feste Strukturen zu entwickeln, die für die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten in der Zukunft erforderlich sind. Die Überschneidung von Treffen oder Debatten sollte vermieden werden. Diesbezüglich nehmen die Präsidentinnen und Präsidenten Kenntnis von Diskussionen ihrer Generalsekretärinnen und Generalsekretäre über eine erweiterte Dreiergruppen-Konstellation als zweckmäßigster Operationsbasis für die Koordination und Planung. Dies betreffe sowohl Organisationsfragen als auch die Koordination von Ad-hoc-Treffen.
12. Die Präsidentinnen und Präsidenten ersuchen den neuen EUSC-Vorsitz um die weitere Prüfung des Vorschlags, regelmäßige Konferenzen der parlamentarischen Ausschüsse für europäische Angelegenheiten, Außenpolitik und Verteidigung sowie Justiz und Innenpolitik in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament anzuberaumen. Sie bitten den neuen EUSC-Vorsitz außerdem um nähere Vorschläge, wie die Vernetzung zwischen den verschiedenen Ratsformationen und den nationalen Parlamenten gestärkt werden kann.
13. Die Präsidentinnen und Präsidenten anerkennen die wichtige Arbeit der Brüsseler Vertretungen und ihren wertvollen Beitrag zum informellen Informationsaustausch, unter anderem über die Subsidiarität.
14. Die Präsidentinnen und Präsidenten befürworten alle Initiativen zur Festlegung einheitlicher Standards für digitale Daten und Dokumente, um Informationen über die Aktivitäten von Parlamenten und EU-Institutionen leichter zugänglich und transparenter zu machen, und betrauen das IPEX-Gremium mit dieser Aufgabe.
15. Die Präsidentinnen und Präsidenten nehmen Kenntnis von der am 14. Mai in Stockholm unterzeichneten Erklärung über die Zusammenarbeit der nächsten Dreiergruppe

Polen/Dänemark/Zypern.

#### *Überarbeitung der Richtlinien für die EU-Parlamentspräsidentenkonferenz*

16. Die Arbeit der Parlamentspräsidentenkonferenz erfolgt in Übereinstimmung mit den Richtlinien für die Konferenz der Parlamentspräsidenten, die im September 2000 bei der Konferenz in Rom verabschiedet wurden. Die Präsidentinnen und Präsidenten stellen fest, dass die Richtlinien seit ihrer Verabschiedung durch separate Vereinbarungen und Verfahren ergänzt wurden. Die Präsidentinnen und Präsidenten unterstreichen die Notwendigkeit einer Aktualisierung der derzeitigen Richtlinien im Rahmen der Debatte über die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten als Konsequenz aus dem Vertrag von Lissabon.
17. Die Präsidentinnen und Präsidenten empfehlen die Verabschiedung der überarbeiteten Richtlinien – „The Stockholm Guidelines for the Conference of Speakers of the EU Parliaments“ (= Stockholmer Richtlinien für die Konferenz der Parlamentspräsidenten der EU-Staaten) – und sind der Auffassung, dass die Konferenz einen wertvollen Beitrag zur Überarbeitung geleistet hat, indem sie die Arbeitsweise der Konferenz durch die Aktualisierung der Richtlinien und die Kodifizierung ergänzender Vereinbarungen und Verfahren transparenter gemacht hat, um so die effektive Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten in der Union zu unterstützen (siehe Anlage).

#### **Betreffend neue Technologien und Kommunikation – Herausforderungen für die Parlamente**

18. Die Präsidentinnen und Präsidenten anerkennen, dass technische Entwicklungen in der Gesellschaft Bürgerbeteiligung und Mitwirkung bei der Arbeit der Parlamente fördern können. Diesbezüglich begrüßen sie zukünftigen Erfahrungsaustausch und Diskussionen über neue Kommunikationsformen und deren Auswirkungen auf die Parlamente.
19. Die Präsidentinnen und Präsidenten befürworten den Einsatz neuer Technologien bei den Zusammenkünften der Konferenz und auch bei anderen interparlamentarischen Treffen. Diesbezüglich ersuchen die Präsidentinnen und Präsidenten den neuen EUSC-Vorsitz um die weitere Prüfung des Einsatzes von Videokonferenzen als Mittel der Kommunikation zwischen den Parlamenten, um beim nächsten Zusammentreten der EU-Parlamentspräsidentenkonferenz daran anzuknüpfen.

#### **Betreffend die Vorbereitungen für die Weltkonferenz der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten**

20. Die Konferenz diskutierte über den Entwurf der Erklärung der Weltkonferenz der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten im Juli in Genf. Im Zentrum der Weltkonferenz sollten die wichtigsten Tagesordnungspunkte stehen, beispielsweise das Erreichen der Millenniumsentwicklungsziele, die Herausforderungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, usw. Zugleich unterstützten die Präsidentinnen und Präsidenten die Debatte, die innerhalb der IPU über deren Struktur, ihre weitere Demokratisierung und ihre Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen eingesetzt hat.

Eine breite Mehrheit der Präsidentinnen und Präsidenten sprach sich dafür aus, die Paragraphen in diesem Dokument zu streichen, die sich mit der Rolle der IPU befassen (Abschnitt D). Mehrere Präsidentinnen bzw. Präsidenten können ihnen aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht zustimmen. Die Konferenz autorisierte den Vorsitzenden Westerberg, den Präsidenten der IPU zu informieren.

### **Die Finanzkrise und ihre Folgen für die Parlamentshaushalte**

21. Unter den Präsidentinnen und Präsidenten gab es einen wertvollen Meinungsaustausch über die derzeitige Finanzlage und Gespräche über ihre Erfahrungen bezüglich der Folgen für die Parlamente.

### **Neuer EUSC-Vorsitz**

22. Im Namen des belgischen Parlaments lud Geert Versnick, Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Abgeordnetenhauses, die Präsidentinnen und Präsidenten zur nächsten EU-Parlamentspräsidentenkonferenz vom 3. bis 5. April 2011 und die Generalsekretärinnen und Generalsekretäre zu einem Vorbereitungstreffen vom 16. bis 17. Januar 2011 nach Brüssel ein.